Johann Christoph Allmayer-Beck, Ministerpräsident Baron Beck. Ein Staatsmann des alten Österreich.

R. Oldenbourg Verlag, München 1956, 327 S.

Mit dieser glänzend geschriebenen und umsichtig dokumentierten Biographie des bedeutendsten österreichischen Ministerpräsidenten innerhalb des letzten Halbjahrhunderts der Donaumonarchie wird manches Dunkel gelichtet, das über den letzten Jahrzehnten einer Großmacht trotz einer Sturzflut von Literatur immer noch lagert; gleichzeitig wird auch manche Legende zerstört, die sich um diese Epoche gerankt hat, etwa diejenige von der zukunftsträchtigen Rolle des Erzherzogs und Thronfolgers für eine Erneuerung der Monarchie — wovon noch einiges zu sagen sein wird.

Das Bild des Ministerpräsidenten Beck tritt uns im Verlaufe der Darstellung immer plastischer entgegen, nämlich als Porträt eines wirklichen Politikers, der die wahren Kräfteverhältnisse richtig und illusionslos einzuschätzen versteht, ohne sich von einer scheinbar unausweichlichen Dynamik überrennen zu lassen. Dies gilt vor allem für die zentrale Frage, die in der Regierungszeit Becks die Gemüter erhitzte: die Frage der Wahlrechtsreform, die Beck nach den kräftigen Anläufen Ernest von Koerbers 1906/7 erfolgreich durchführen konnte. Beck sah die Notwendigkeit, ja Unvermeidbarkeit dieser Reform sehr klar, er erkannte auch die in ihr liegende Chance, die mit dem allgemeinen gleichen Wahlrecht emporkommenden neuen politischen Kräfte zu einem Staatsumbau zu benutzen. Überdies brachte die erste Wahl nach der Reform niederschmetternde Verluste für die bürgerlich-chauvinistischen Scharfmacher in der nationalen Frage, nämlich für Deutschnationale und Jungtschechen. Auch hier also sollten die Weichen neu gestellt werden, und daß sich Beck über die Lage sehr wohl im klaren war, geht aus seinen ernsthaften Versuchen hervor, die Tschechen als das politisch bestorganisierteste und disziplinierteste Volk der westlichen Reichshälfte für sich zu gewinnen; denn ohne oder gar gegen das tschechische Volk war keine erfolgreiche österreichische Politik mehr zu machen. Genauso - dies war gleichsam nur die Umkehrung dieser Erkenntnis - war mit den Deutschen allein keine gesamtstaatliche Politik mehr durchzuführen, Beck hat dies bei anderer Gelegenheit sehr klar ausgedrückt (S. 232): "sie [die Deutschen]

machen Majoritätspolitik, obschon sie leider Gottes nur eine Minorität repräsentieren . . .". Daher unternahm er selbst Schritte, um von dieser Politik des "Als-ob" wegzukommen.

Als eine Vorbedingung der dringend erforderlichen Neuordnung der böhmischen Verhältnisse sah Beck eine neue Wahlordnung für den böhmischen Landtag an, wobei zwar das Kurienparlament als eine ständische Konstruktion im Prinzip beibehalten, aber doch den nationalen Verhältnissen und der "unabweisbar gewordenen Ausdehnung des Wahlrechtes" Rechnung getragen werden sollte. An diesem Punkte jedoch trat ihm der feudale böhmische Großgrundbesitz entschieden entgegen. Er verweigerte jede Mitarbeit bei der Wahlreform in Böhmen und wurde bald zum Kristallisationspunkt einer weitreichenden politischen Fronde gegen das Ministerium Beck, die in dem Augenblick bedrohlich wurde, als der Thronfolger aus einer bisher gerade noch bewahrten, unfreundlichen Reserve gegen seinen einstigen Freund und Mentor Beck nun entschieden heraustrat und den Grafen Ottokar Czernin als Gegner vorschickte. Bald intervenierte Franz Ferdinand auch beim Kaiser gegen Beck und die Wiener Christlichsozialen, bisher eine feste Stütze des Kabinetts, wurden nun ebenfalls zum Abrücken von der Regierung veranlaßt, was sie, wenn auch nach einigem Zögern, in der Form eines sehr merkwürdigen Pressemanövers taten (S. 244 ff.). Damit wuchsen sich die Schwierigkeiten der Regierung zu einer Existenzkrise aus, ein Delegierter der Rechten des Herrenhauses berichtete damals ebenso degoutant wie bezeichnend, daß Franz Ferdinand wegen der Schwierigkeiten des Kabinetts sich "vor Vergnügen wälze" (S. 243). Anders als in England waren die böhmischen Hochtories und der konservative Kreis um Franz Ferdinand nicht bereit, sich entschlossen im Sinne Becks der plebiszitären Tendenzen des Jahrhunderts zu eigenen politischen Zielsetzungen zu bedienen, um im Kräftespiel der Zeit wieder fester Fuß zu fassen. Ob dies möglich gewesen wäre, muß dahingestellt bleiben, wesentlich ist in diesem Zusammenhang vor allem, daß es nicht ernsthaft versucht wurde. Der Sturz Becks war ihr kleiner, billiger Erfolg, ihr eigener völliger Ruin ließ keine zehn Jahre auf sich warten.

Gerade vom Schicksal Becks her gesehen wird man sich hüten müssen, dem raschelnden Papierreich der Reformpläne um Franz Ferdinands "Werkstatt" mehr Gewicht beizumessen als solchen, in der harten Wirklichkeit des politischen Alltags unerprobten, theoretischen Etüden zukommen darf. Pläne gab es wahrhaftig genug in Österreich und wohl auch bessere, als es die vagen Entwürfe Broschs oder Eichhoffs aus der "Werkstatt" darstellten. Woran es jedoch fehlte, war ein politischer Kopf, der Schritt für Schritt ihre Tragfähigkeit zu erproben verstand. Kein Zweifel, daß Baron Beck politisches Gespür in dieser Richtung besaß; wie fest er an seine politische Aufgabe glaubte, zeigt sich in den tragisch anmutenden Hoffnungen des Gestürzten, bald wieder an den Schalthebeln der Macht zu sein, um seine Arbeit fortzusetzen (S. 247). Eins jedoch geht aus all diesen Ereignissen beim Sturze Becks sehr deutlich hervor: daß Franz Ferdinand seinen Einfluß bei Hofe, vor allem bei dem immer richtungsloser werdenden Kaiser dazu be-

nutzte, Beck aus dem Wege zu räumen — ganz gleich, ob dies aus feudalkonservativer Überzeugung oder aus Eifersucht auf dessen Erfolge geschah —, erweist den Thronfolger als eine Persönlichkeit von mittelmäßigem Format und geringem politischem Instinkt. Auch sein tragisches Schicksal darf darüber nicht hinwegtäuschen. Die integere, bei aller sachlichen Nüchternheit dennoch hochgestimmte Persönlichkeit Vladimir Becks macht andererseits deutlich, welche geistigen und politischen Potenzen die Donaumonarchie bis zum Schlusse in ihren höchsten Rängen besaß. Es gehört zu den fragwürdigen Gründungslegenden der Nachfolgestaaten des Habsburgerreiches, ihre eigenen Anfänge möglichst leuchtend von der dunklen Folie eines "verrotteten Feudalstaates" abzuheben. Die Biographie Becks sowie dessen vorbildliche und verantwortungsvolle Tätigkeit in der späteren Republik Österreich legen wider solche Geschichtsfälschungen beredtes Zeugnis ab.

An dieser Stelle sei noch eine allgemeinere Überlegung erlaubt. Gerade das 20. Jahrhundert mit seinen radikalen Umbrücken und von außen herbeigeführten Katastrophen dürfte allmählich mit der bislang gängigen Vorstellung aufräumen, daß - wie Hegel es klassisch formuliert hat - die Weltgeschichte das Weltgericht sei, eine Auffassung, die im Falle der Donaumonarchie aus deren Zusammenbruch zwangsläufig dessen historische Verdientheit gefolgert hat. Manche Historiker haben dann getreu diesem philosophischen Aberglauben ihre Aufgabe darin gesehen, am Kadaver der Monarchie gleichsam exegetisch darzutun, warum es so kommen mußte. Politischer Erfolg jedoch ist keine göttliche Prämie für Wohlverhalten in Staatsdingen, und umgekehrt besagt politisches Scheitern oder gar der Untergang wenig über "innere Morschheit", wie man immer wieder aus dem Ende Altösterreichs mit schulmeisterlicher Selbstgefälligkeit zu deduzieren beliebte. Das jahrzehntelange Dahinfiebern der Nachfolgestaaten zwischen rechter und linker Diktatur, ihr hybrider und morbider Chauvinismus lassen doch einige Zweifel an einem geschichtsphilosophischen Recht dieser Konkurserben des vorletzten Weltgerichtes aufkommen. Überall leuchten hier die fatalen Klischees opportunistischer Selbstinterpretationen auf, deren Zertrümmerung die vornehmste Pflicht der Geschichtswissenschaft bleibt. Auch die antike Welt fiel nicht durch "innere Morschheit und Fäulnis" den "jugendfrischen Völkern Germaniens" zum Opfer, wie sich das deutschnationale Rauschebärte im 19. Jahrhundert so selbstgefällig vorzustellen pflegten. Nirgends tritt der "deus absconditus" mit bestürzenderer Unbegreiflichkeit in Erscheinung als im geschichtlichen Schicksal der Völker. Hält man sich dies vor Augen, dann wird man vor der Gefahr gefeit sein, die ideologischen Kategorien Hegels und seiner rechten und linken Epigonen in den Geschichtsablauf hineinzuinterpretieren und Aufstieg wie Untergang mit pseudomoralischen Verdikten oder Lobsprüchen zu versehen. Auch hier bleibt es die Aufgabe des Historikers, immer wieder mit unbestechlicher Nüchternheit zu zeigen, "wie es wirklich gewesen ist".

München

Friedrich Prinz